

Finanzen, Liegenschaften und Umwelt	Datum: 18.03.2026	Geschäftszeichen: 82/103-9543
-------------------------------------	-------------------	-------------------------------

Gremium: Bezirksausschuss	beschließend nach § 7 Abs. 3 GeschO
Sitzung am: 15.04.2026	öffentlich

Betreff: Genehmigung von Haushaltseinnahme- und Haushaltsausgaberesten im Rahmen der Rechnungslegung 2025
Anlagen: Anlagen Genehmigung_HER_HAR_2025 i.d.F. vom 26.03.2026

Beschlussvorlage

82/BV/049/2026

Öffentlich nach §20 Abs. 1 GeschO

I. Sachverhalt

Gemäß §7 Abs.3 Nr. 20 GeschO ist die Übertragung nicht verbrauchter Ausgabemittel nach §19 KommHV-Kameralistik vom Bezirksausschuss zu genehmigen.

Nach Überprüfung aller möglichen Haushaltsreste schlägt die Kämmerei die Übertragung der Haushaltseinnahme- und Haushaltsausgabereste in das Haushaltsjahr 2026 wie folgt vor:

	Verwaltungshaushalt in Euro	Vermögenshaushalt in Euro
Haushaltseinnahmereste		
gesamt	entfällt	24.700.000,00
Haushaltsausgabereste		
entlastend	2.659.110,80	461.473,88
ergebniswirksam	31.947.700,00	23.878.048,71
ergebnisneutral	entfällt	67.366.089,49

Die Gesamtsumme der Haushaltsausgabereste im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt berücksichtigt auch die budgetierten Einrichtungen:

- Schulzentrum München-Johanneskirchen
- Johann-Nepomuk-von-Kurz-Zentrum Ingolstadt
- Carl-August-Heckscher-Schule
- Agrarbildungszentrum Landsberg am Lech
- Schulen für Holz und Gestaltung Garmisch-Partenkirchen
- Schafhof – Europäisches Kunstforum Oberbayern
- Freilichtmuseum an der Glentleiten
- Freilichtmuseum Amerang

- Zentrum für Volksmusik, Literatur und Populärmusik
- Fachberatung für Fischerei
- Fachberatung für Imkerei

Auf die Übertragung von zweckbindungsfreien Budgetüberschüssen wird verzichtet.

II. Finanzierungsvorschlag

entfällt

III. Personalbedarf

entfällt

IV. Beschlussdokumentation

Umsetzungszeitpunkt: entfällt

Umsetzungsmaßnahme: entfällt

Beschlussvorschlag

Der Bildung der Haushaltseinnahme- und Haushaltsausgabereise im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt wird im Rahmen der Rechnungslegung 2025 zugestimmt.